

GASTBEITRAG VON HANS-ULRICH BIGLER*

Unserem Sozialstaat droht der Kollaps

Die Nachricht: Sozialminister Alain Berset hat vor einer Woche seine Reformpläne für die AHV und berufliche Vorsorge vorgestellt. Nebst Leistungskürzungen, wie die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen, sieht die Grossreform auch Mehreinnahmen von bis zu 2 Mehrwertsteuerprozenten vor.

Der Kommentar: Von A wie AHV bis Z wie Zusatzversicherung für Krankheitskosten steuern unsere Sozialwerke auf massive finanzielle Schwierigkeiten zu oder sie stecken zum Teil bereits drin. Gibt die Politik nicht endlich kräftig Gegensteuer, drohen uns in den nächsten zehn Jahren schmerzhaft Steuer- und Beitragserhöhungen. Diese schmälern einerseits unsere Kaufkraft, schaden andererseits aber auch dem Werkplatz Schweiz und gefährden damit die Sicherheit unserer Arbeitsplätze.

Ohne dass es die meisten von uns richtig realisiert haben, sind die Abgaben an den Sozialstaat in den letzten vier Jahren um fast 7 Milliarden Franken oder zwei sogenannte Mehrwertsteueräquivalente angestiegen. So wurden die Lohnabzüge für die Arbeitslosenversicherung und die Erwerbsersatzordnung angehoben, für die Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (IV) werden zusätzliche 0,4 Mehrwertsteuerprozent eingefordert und auch die Krankenkassenprämien haben kräftig aufgeschlagen. Damit fliesst viel Geld ab, das die meisten von uns gut für bessere Zwecke einsetzen könnten.

So unerfreulich die Zusatzbelastung der vergangenen vier Jahre auch war, ist sie doch nur ein vergleichsweise mildes Vorgeplänkel auf das, was uns in den nächsten zehn Jahren droht. Das Parlament hat es bisher versäumt, griffige Massnahmen zur Eindämmung der Gesundheitskosten zu beschlies-

sen, weshalb in der obligatorischen Krankenversicherung weiterhin mit einem jährlichen Prämienwachstum von durchschnittlich 4 bis 5 Prozent gerechnet werden muss. Demografisch bedingt äufnen sich in der AHV gewaltige Finanzierungslücken, die der Bundesrat mit 2 zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten schliessen will. Die überfällige Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge soll von umfassenden flankierenden Massnahmen begleitet werden, die wiederum Mehrausgaben in Milliardenhöhe zur Folge hätten. Zur Tilgung der Milliardenschulden der Arbeitslosenversicherung hat das Parlament soeben Beitragsmassnahmen auf nicht mehr versicherten Einkommensbestandteilen beschlossen, die auf Beginn des nächsten Jahres wirksam werden. Weiteres Ungemach droht in der Invalidenversicherung, die noch über 14 Milliarden Franken an Schulden abzutragen hat. Sorgen bereitet auch die Familienpolitik, in der sich die verschiedenen politischen Lager gegenseitig mit Ausbauforderungen zu übertrumpfen suchen. Wollte man all die sich abzeichnenden Finanzierungslücken mit Mehreinnahmen füllen, müsste man in den nächsten zehn Jahren zusätzliche Mittel in der Grössenordnung von rund sechs Mehrwertsteueräquivalenten einfordern.

Beitrags- und Steuererhöhungen in derartigem Ausmass sind schlicht inakzeptabel. Sie wären Gift für die Wirtschaft und eine echte Bedrohung für unseren Wohlstand. Die Kaufkraft der Konsumenten würde erheblich geschwächt, der Konsum als wichtigster Konjunkturmotor würde abgewürgt. Leidtragende wären die gesamte Wirtschaft mit ihrer hohen KMU-Dichte, deren Beschäftigten und letztlich wir alle.

Es ist deshalb höchste Zeit, um in der Sozialpolitik einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Hat man die Finanzierung unserer Sozialwerke in der Vergangenheit immer auf die stetig ausgeweiteten Leistungskataloge abgestimmt, muss in Zukunft der umgekehrte Weg eingeschlagen werden. Zur Wahrung unseres Wohlstands haben sich inskünftig die Leistungen unserer Sozialwerke auf die vorhandenen finanziellen Mittel auszurichten. Konkret wird dies da und dort Leistungskürzungen sowie im Zuge der stetig steigenden Lebenserwartung auch eine moderat längere Lebensarbeitszeit zur Folge haben. Dies ist aber weitaus erträglicher und vor allem auch viel sozialer als ein ungebremst auswachsender Sozialstaat, der stets grössere Kollateralschäden verursacht. Wem diese Aussage zu schwarzmalersisch erscheint, der werfe einen Blick über unsere Landesgrenzen. Das abschreckende Beispiel vieler europäischer Krisenstaaten illustriert in aller Deutlichkeit, dass überrissene Lohnnebenkosten gekoppelt mit einem leistungshemmenden Sozialversicherungsangebot die Wirtschaft abwürgen und zu hoher Arbeitslosigkeit, weit verbreiteter Armut und sozialem Elend führen. Davor gilt es, die Schweiz zu bewahren.



* Hans-Ulrich Bigler ist Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

Titel

Auflage

Schweiz am Sonntag Aargau

76'230

Schweiz am Sonntag Limmattal/ Zürich

6'542

Schweiz am Sonntag ZT

11'954

Schweiz am Sonntag LN

1'198